



„Wir sind nicht mit dem SGB verheiratet“

Gegen den faulen Kompromiss um die neue Arbeitsgesetzvorlage wehren sich einige Einzelgewerkschaften - vor allem in der Westschweiz. Der SGB und auch die SP haben kein Musikgehör für den Protest Sie wollen den faulen Kompromiss durchziehen.

(dh) Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat ein Problem. Oder anderes gesagt: die tonangebenden Verbände des Gewerkschaftsbundes haben ein solches. Immer weniger Kolleginnen und Kollegen wollen sich dem tonangebenden Diktat der Führung von Christiane Brunner (SMUV) und Vasco Pedrina (GB1) unterwerfen. Nicht etwa aus persönlichen Gründen. Inhalte stehen im Vordergrund.

Neuster Grund des Zerwürfnisses: Der Kompromiss um das Arbeitsgesetz, so, wie er in beiden Kammern des Parlamentes verabschiedet worden ist - unter tätiger Mithilfe der Co-Präsidentin und des Co-Präsidenten des Gewerkschaftsbundes. Sie haben einem Kompromiss zugestimmt, der weiterhin die Ausdehnung der „Tagesarbeitszeit“ von 20 Uhr abends auf 23 Uhr zulässt, haben diesen Kompromiss auch durch die parlamentarischen Hürden geschleust - so dass ihm auch die SP-Fraktion in der Bundesversammlung am Schluss mehrheitlich zustimmte. Begründung: die schlimmsten Verschlechterungen, die bei der Vorlage von 1996 im Gesetz drin standen, seien aus der Vorlage gestrichen worden.

So soll jetzt die Nachtarbeit mit Zeitzuschlägen kompensiert werden, geht es nach dem Willen des Parlaments und der verhandelnden Sozialpartner der SGB und der Arbeitgeber. Ebenso soll das Sonntagsarbeitsverbot an einer gewissen Anzahl von Sonntagen Bewilligungen unterliegen, wenn es nach dem Kompromiss der Verhandlungspartner gehen soll. Dafür sollen Nachtarbeitsstunden generell mit Zeitzuschlägen – sprich Freizeit - entschädigt werden.

Damit glaubt der Gewerkschaftsbund die hauptsächlichsten Kritikpunkte an der vor eineinhalb Jahren gescheiterten bürgerlichen Vorlage aus dem Weg geräumt zu haben. Und ist stolz darauf, einen „Kompromiss“ gefunden zu haben. Zumindest ist es die Berner Bürokratie.

Denn andernorts in den Gewerkschaften tönt es ziemlich anders. So etwa hält Christian Tirefort, Präsident der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP), gegenüber dem Vorwärts unmissverständlich fest: „Das alte Gesetz ist für uns tragbar. Wir sehen nicht ein, warum wir einem faulen Kompromiss zustimmen sollen.“ Er habe von seiner Basis den unmissverständlichen Auftrag, gegen den Kompromiss-Vorschlag der Bundesratsparteien und der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervverbände das Referendum zu ergreifen und werde diese Meinung seines Zentralkomitees der GDP auch im SGB kundtun. Sollte ein Referendum ergriffen werden - und das sei beinahe zu 99 Prozent sicher - werde die GDP dieses auch unterstützen. Das wolle die Basis.

Tirefort stützt sich dabei auf die Erfahrung mit dem Referendum gegen die Arbeitslosenversicherung, das in der Westschweiz gesammelt worden ist und schliesslich gesamtschweizerisch Erfolg hatte. Und auf die Stimmung in der Basis, dass die Leute begreifen würden, dass es „nicht normal sei, dass die einen Leute immer reicher werden“ und man zugunsten dieser Leute die Ärmere immer noch schlechter stellen wolle - so wie es jetzt mit der Revision des Arbeitsgesetzes geschehe.

Basisprotest der Gewerkschaften

Mit der Gewerkschaftsbasis weiss der GDP-Präsident sich dabei einig - nicht nur seiner eigenen, die ihn mit dieser Botschaft in den Präsidialausschuss des SGB geschickt hat. Auch das GBI-Zentralkomitee hat nur mit ganz knapper Mehrheit gegen ein Referendum entschieden. Tirefort sieht denn auch eine sich vergrössernde Kluft zwischen der Gewerkschaftsbasis und den Spitzen im Sekretariat des SGB und der Hierarchie der grossen Verbände SMUV und GBI. Ein grosser Teil der Basis wolle etwas anderes als die Verbandsleitung das wolle, das müsse eben diese Verbandsleitung zur Kenntnis nehmen, sagt der GDP-Chef, der sich überlegt, nach der Fusion von GDP, SLB, SJU und SSM zum Präsidenten der dritt- oder viertgrössten Einzelgewerkschaft der Schweiz zu werden.

Auf der anderen Seite in der Linken tönt es allerdings ganz anders. So erklärte SGB-Sekretär Serge Gaillard in der SP-Bundesfraktionssitzung vom letzten Dienstag klipp und klar: Ein Aufspringen des SGB auf einen Welschschweizer Referendumszug wie bei der Arbeitslosenvorlage im letzten Jahr gebe es auf keinen Fall, der SGB stehe voll hinter der Vorlage, die er mit den Arbeitgebern und dem Bundesrat ausgehandelt habe.

Am Schluss wird also möglicherweise die GDP allein dastehen - wie sie es schon bei ihrer Unterstützung des Arbeitslosenreferendums, beim Unterschriften-Sammeln getan hat. Ganz allein innerhalb des SGB. Es wäre nicht das erste Mal. Die Branchengewerkschaft wehrt sich auch gegen den bundesrätlichen Kompromiss zum Streikrechtsartikel in der revidierten Bundesverfassung (vgl. Vorwärts Nr. 11), den der SGB unter Führung von SMUV-Präsidentin, SGB-Co-Präsidentin und Genfer Ständerätin Christiane Brunner unterstützt. Der GBP-Präsident ist in dieser Melange-Situation, dass die Kräfte im SGB neu gruppiert werden müssen, denn die Spitze der Gewerkschaften handle nicht mehr nach den Bedürfnissen der Basis.

Und das kann sehr weit gehen. „Wir sind nicht mit dem SGB verheiratet“, sagt er am Natel, irgendwo zwischen Zürcher Hauptbahnhof und Sitzungslokal. Könnte heissen: Wir könnten auch den Dachverband der Schweizer Gewerkschaften verlassen, um die Interessen unserer Basis vehement zu vertreten. Auch gegen Verbandssekretäre in der Zentrale des SGB.

Vorwärts, 20.3.1998.

PdA > Arbeitsgesetzrevision. Vorwärts.doc.